

Welt der Arbeit

Ausgabe 24

www.weltderarbeit.de

16. November 2005

WdA im November

Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Aber viele Millionen Menschen leiden auch bei uns unter Armut und haben Angst vor der Zukunft. Vom Verlust des Arbeitsplatzes sind bereits viele betroffen und noch mehr bedroht. Eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist unter dem Diktat der Profitmaximierung nicht zu erwarten. Regierungen und Parteien vollstrecken weitgehend die Erwartungen von Investoren und Konzernen aus Angst vor der Abwanderung der Kapitalbesitzer. Die Folgen sind unabsehbar. Die Not der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen ist durch politische Beschlüsse entstanden. Wer weiterhin Sozialleistungen kürzt und Abgaben für die Mehrheit der Verbraucher erhöht, wird die Situation nicht zum Besseren wenden. Und wenn der Konsum noch stärker einbricht, werden die Kapitalbesitzer und Investoren ebenfalls abwandern.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Die Koalition der Verlierer

Seite 2

Kampf oder

Harvard-Methode?

Seite 3

Das Geschäft mit dem Arbeitsplatzabbau

Seite 4

Mit Fördergeldern Profite steigern, Kapitalismus pur

Seite 5

Die IG Metall fordert zeitgemäße Tarifverträge

Seite 6

Wo ist ver.di?

Seite 7

Blick zurück:

Die Angst der Männer vor weiblicher Konkurrenz

Seite 8

Geschichten aus dem Ruhrgebiet, Edelweißpiraten

Seite 9

Für den Aufschwung des Kapitals, Buchtipp, Kommentar, Impressum

Die Koalition der Verlierer

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit werden in Deutschland spürbar zunehmen. Das Programm der Großen Koalition setzt den Sozialabbau fort und schafft keine Voraussetzungen für mehr Beschäftigung.

Die SPD enttäuscht ihre Wählerinnen und Wähler erneut und verliert mit ihrer Zustimmung zum Koalitionsvertrag den letzten Rest an politischer Glaubwürdigkeit. Entgegen den vollmundigen Versprechungen in ihrem Wahlmanifest wird die Mehrwertsteuer ab Januar 2007 um drei Prozent erhöht; das bedeutet einen Anstieg der Verbraucherpreise um mindestens 1,3 Prozent. Diese Mehrbelastungen erfordern spürbare Konsumverzichte besonders für Arbeitslose, Rentner und Studenten.

Einen weiteren Vertrauensbruch gegenüber Mitgliedern und Wählern begeht die SPD mit der Aufweichung des gesetzlichen Kündigungsschutzes. Bei Neueinstellungen kann künftig eine Probezeit bis zu 24 Monaten vom Unternehmen verlangt werden, innerhalb derer ohne Angaben von Gründen gekündigt werden kann. Der gesetzliche Kündigungsschutz entfällt für diese Zeit. Weitere Nachteile: Auch Abgaben bei Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden eingeführt. Künftig werden Stundenlöhne ab 25 Euro sozialversicherungspflichtig. Bei vielen Facharbeitern und Angestellten dürfte der in diesen Fällen weiterhin steuerfreie Stundenlohn mit den Zuschlägen für Sonntags- und Feiertagsarbeit deutlich über dieser Grenze liegen. Nicht genug damit; denn mit dem Wegfall der Pendlerpauschale für Strecken unter 21 Kilometern sind für viele abhängig Beschäftigte weitere Einkommensverluste verbunden. Besonders benachteiligt durch das

Sparprogramm der neuen Regierung sind Arbeitslose und Rentner. 3,8 Milliarden Euro sollen bei den Ausgaben im Rahmen von Hartz IV gespart werden. Verschärfte Kontrollen und die Absenkung der Rentenbeiträge der Bundesagentur für Arbeit für Langzeitarbeitslose bedrohen Millionen Menschen mit lebenslanger Armut. Länger arbeiten, weniger Rente, höhere Beiträge lautet die Botschaft der neuen Regierung. Mit Rentenerhöhungen, wenigstens mit einem Inflationsausgleich, können Rentner in den nächsten Jahren weiterhin nicht rechnen.

Mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag wird die Agenda 2010 verschärft fortgesetzt. Die Schwachen werden zur Kasse gebeten; gefördert werden Unternehmerinteressen. So müssen beispielsweise Gewinne aus Beteiligungen an Personengesellschaften nicht mehr voll nach dem Einkommenssteuertarif versteuert werden. Zehn Prozent bleiben abgabenfrei. Damit soll ein Anreiz für Kapitalfonds geschaffen werden. Und die degressive Abschreibungsgrenze wird von 20 auf 30 Prozent angehoben. Damit mindern Investitionen stärker den zu versteuernden Unternehmensgewinn. Schließlich ist die bescheidene Steuererhöhung für Spitzenverdiener mit einem Jahreseinkommen ab 250.000 Euro von 42 auf 45 Prozent wohl eher ein Witz. Weniger als eine Milliarde Euro kann das nur bringen, während Einsparungen beim Arbeitslosengeld II 3,8 Milliarden Euro und die Mehrwertsteuererhöhung 24 Milliarden Euro jährlich bringen sollen.

Die neue Regierung erwartet von ihrer neoliberalen Politik mehr wirtschaftliches Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Aber das ist eine Illusion. Mit diesen Konzepten werden Armut und Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter steigen.

Franz Kersjes

Gewerkschaftliche Strategien der Tarifpolitik

Kampf oder Harvard-Methode?

Unternehmer, Investoren und Politiker entscheiden, ob produziert wird; sie entscheiden auch, wo, was und wie produziert wird! Mit ihrer Verfügungsmacht über Arbeitsplätze bestimmen sie auch weitgehend die Arbeitsbedingungen. Ihr Ziel: der höchst mögliche Erfolg mit dem geringst möglichen Aufwand.

Ohne Kampf keine Macht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in Vergangenheit und Gegenwart stets für ihre Rechte kämpfen müssen. Jetzt sind sie genötigt, der Macht des Kapitals ihre Macht entgegenzusetzen. Dazu brauchen sie die Unterstützung der Gewerkschaften; denn die sind verpflichtet, die Aktionen für tarifvertragliche und gesetzliche Schutzrechte zu organisieren. Gemeinsam muss gegen Ausbeutung, Willkür und Lohnrückerei gekämpft werden.

Tarifverhandlungen erfordern die Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder. Dazu gehören verlässliche Informationen und regelmäßige Einbeziehung in die betrieblichen, regionalen oder zentralen Verhandlungen. Außerdem haben Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich darüber mit zu entscheiden, ob die Ergebnisse der Tarifverhandlungen annehmbar sind oder nicht.

Die Weigerung von Unternehmerverbänden, neue Flächentarifverträge abzuschließen, macht den Häuserkampf unverzichtbar! Das ist ein mühsamer Weg, und er kann in Einzelfällen Jahre dauern. Doch er ist durch nichts zu ersetzen. Eine Stellvertreterpolitik, die den Funktionären die Entscheidung über künftige Tarifnormen überlässt, führt zum

Verlust der Mitgliederbindung und wird immer weniger Menschen veranlassen, der Gewerkschaft beizutreten.

Alternative zum Arbeitskampf?

Aber was geschieht, wenn die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Kampfbereitschaft der abhängig Beschäftigten lähmt? Gibt es eine Alternative zum Arbeitskampf? Seit einigen Jahren ziehen vor allem Wissenschaftler und Politiker an der Seite von Unternehmerverbänden durchs Land und verkünden eine neue Friedensformel für die Arbeitswelt: Unterordnung des Faktors Arbeit unter die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit. Der Konsens soll im Rahmen von betrieblichen Bündnissen für Arbeit erreicht werden. Wenn Wettbewerbserfolge ausbleiben, sollen auch die Beschäftigten dafür bezahlen, beispielsweise mit Lohnverzicht oder sogar mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Wenn die Unternehmensleitung die angeblich notwendige Senkung der Arbeitskosten beschließt, dürfen Betriebsrat bzw. Gewerkschaft nur noch über das Wie beraten und verhandeln. Sie haben keine Möglichkeit, die von Unternehmerseite behauptete Notwendigkeit einer Kostensenkung zu überprüfen.

In jüngster Zeit findet man die „win-win-Strategie“ auch in Tarifverhandlungen. Trotz unterschiedlicher Forderungen und Ziele soll es keine Verlierer geben. Die Harvard-Methode soll nicht nur gegensätzliche Interessen von Unternehmern und Gewerkschaften durch Verhandeln überwinden; sie soll durch „sachbezogenes Verhandeln“

selbst aus verfahrensten Situationen heraushelfen. Sie soll beispielsweise in diesem Jahr in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen-Dienst praktiziert worden sein.

Das „Harvard-Konzept“ wurde bereits im Jahr 1981 unter dem Titel „getting to yes“ an der US-Eliteuniversität entwickelt. Dabei wird zunächst jeder Streitfall zur gemeinsamen Sache erklärt, damit anschließend unterschiedliche Interessen verschmolzen werden können. Ist eine solche Strategie in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik tatsächlich vertretbar?

Eine offene Debatte fehlt

Leider gibt es in den Gewerkschaften bislang keine offene Strategiedebatte. Auseinandersetzungen finden grundsätzlich hinter den Kulissen statt. Mit diesem Mangel an Offenheit wird die Verunsicherung vieler Gewerkschafter allerdings nicht vermieden. Wie soll sich unter erschwerten Bedingungen noch Kampfbereitschaft bei den Beschäftigten entwickeln, wenn sich ihre Gewerkschaft bereits auf das Konsensmodell eingelassen hat? Werden Gewerkschaften und Unternehmerverbände mit der Harvard-Methode künftig zu einer Regulierungsbehörde für Arbeitsbeziehungen?

Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bleibt auch unter den herrschenden Bedingungen unüberwindbar. Es gibt keine Alternative zum notwendigen Kampf der abhängig Beschäftigten. Und klar ist auch: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Franz Kersjes

Transfergesellschaften

Das Geschäft mit dem Arbeitsplatzabbau

Beschäftigungsplan und Beschäftigungsgesellschaft waren Initiativen und Forderungen der Gewerkschaften, die aus der Defensive gegen Entlassungspläne und Stilllegungsvorhaben in den 80er Jahren entstanden sind. „Qualifizieren statt entlassen“ sollte die Richtschnur sein. Durch die Vereinbarung von Beschäftigungsplänen sollte Arbeitslosigkeit verhindert werden. Im Jahr 1985 wurde der erste Beschäftigungsplan (bei Grundig) abgeschlossen. Darüber hinaus entstanden unternehmensspezifische oder überbetriebliche Beschäftigungsgesellschaften.

Ein florierendes Geschäft

Von Qualifizierung ist heute kaum noch die Rede. Nach der Ankündigung von Entlassungen, insbesondere in größeren Betrieben, wird ein Markt aktiv, der überwiegend kommerzielle Interessen verfolgt. Die betroffenen Betriebsräte erhalten in der Regel Dutzende von Angeboten gewerblicher Personalentwicklungs- und Arbeitsmarktagenturen zur Gründung einer Transfergesellschaft (TG). Ziel einer TG ist die Vermittlung gekündigter Arbeitnehmer/innen in ein neues Arbeitsverhältnis. Aber die Erfolgsquote ist nach allen vorliegenden Erfahrungen eher gering.

Viele Konzerne und größere Unternehmen sozialisieren die Kosten des Sozialabbaus, umgehen den Kündigungsschutz der betroffenen Beschäftigten und schicken sie in eine Transfergesellschaft. Die Beschäftigten, denen betriebsbedingt gekündigt oder mit denen ein Aufhebungsvertrag geschlossen wird, erhalten das Angebot eines befristeten Arbeitsvertrages in der TG. Der

Arbeitsvertrag wird durch Unterschrift des/der Beschäftigten, von Vertretern der TG und des bisherigen Arbeitgebers wirksam („dreiseitiger Vertrag“). Dadurch endet das bisherige Arbeitsverhältnis fristlos, und das neue Arbeitsverhältnis mit der TG beginnt. Dieses Arbeitsverhältnis ist immer befristet, längstens auf zwölf Monate. Für die Zeit in der TG zahlt die Bundesagentur für Arbeit Kurzarbeitergeld; weitere Leistungen werden vom bisherigen Arbeitgeber erbracht. Der Umfang dieser Leistungen wird im Sozialplan vereinbart. Gelingt es während der Zeit in der TG nicht, einen neuen Arbeitgeber zu finden, haben die betroffenen Arbeitnehmer/innen nach Ende des befristeten Arbeitsverhältnisses in der TG Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Hilmar Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit hat im Auftrag der Bundesregierung untersucht, welche Folgen Transfergesellschaften unter anderem für die Arbeitslosenversicherung haben. In einer Fernsehdokumentation zum Thema „Stellenabbau auf Kosten der Allgemeinheit“ schildert er die Folgen der Entwicklung: „Also im Grunde ist das ein völlig absurdes System. Auf der einen Seite schafft der Staat den Kündigungsschutz, auf der anderen Seite stellt er Mittel bereit, um den Arbeitnehmern den Kündigungsschutz wieder abzuschaffen. Und das tut er dann auch noch mit Beitragsmitteln. Das heißt, das zahlen die Arbeitnehmer am Ende sogar selbst.“

Geld vom Arbeitsamt für den Abbau von Arbeitsplätzen! Die Branche der Transfergesellschaften boomt. Konzerne und große Firmen bedienen sich. „Das es

eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die sich auf diesen Markt spezialisiert haben, darüber darf man sich nicht wundern. Wenn der Staat an dieser Stelle Geld ausgibt, dann bildet sich da eben auch ein Markt. Aber faktisch wird dort im Grunde das Gleiche gemacht, was im Arbeitsamt auch getan wird. Also es gibt bislang keine Ergebnisse, die sagen würden, wer in einer Transfergesellschaft gewesen ist, hat hinterher signifikant bessere Chancen am Arbeitsmarkt als jemand, der einfach so in vergleichbarer Situation sich eine Stelle gesucht hat“, erklärt Schneider.

Diese Erfahrung haben auch Hunderte von ehemaligen Opel-Beschäftigten gemacht. Neue Arbeitsplätze in größerer Anzahl sind nicht in Sicht. Trotzdem versucht nun der Konzern, weitere Beschäftigte dazu zu bewegen, in eine Transfergesellschaft überzuwechseln, obwohl im Werk Bochum viele Überstunden gemacht und Leiharbeiter eingesetzt werden.

Profite auf Kosten der Arbeiter

Die Anbieter von Transfergesellschaften brauchen die Zustimmung des zuständigen Landesarbeitsamtes. Die ist unter anderem von der bisherigen Erfolgsquote bei der Vermittlung neuer Beschäftigungsverhältnisse abhängig. Diese Voraussetzung führt oftmals dazu, dass die Beschäftigten in einer TG alle möglichen Arbeitsangebote erhalten. Nicht selten werden sie als Leiharbeiter/innen oder in Gelegenheitsjobs vermittelt. Profitabel sind Transfergesellschaften nur für deren Betreiber und für Unternehmer.

F.K.

Mit Fördergeldern Profite steigern

Bund, Länder, Gemeinden und Europäische Union betreiben aktiv Wirtschaftsförderung. Hier werden Steuergelder in großem Stil verteilt. Auch Unternehmen, denen es wirtschaftlich gut geht, kassieren Fördermittel – oft in Millionenhöhe. Wer ihnen das meiste Geld und die besten Konditionen bietet – wie etwa billige Grundstücke – bekommt den Zuschlag und einen neuen Betrieb auf die grüne Wiese gestellt. Die Standortkonkurrenz ist beinhart. Und niemand weiß, wie viele Schmiergelder Entscheidungen beeinflussen.

Subventionen werden als Direktzahlung an die Unternehmen oder als Ermäßigung der zu zahlenden Steuern gewährt. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise zahlt das Land nicht rückzahlbare Investitionszuschüsse zwischen fünf und 23 Prozent je nach Art des Vorhabens, Größe des Unternehmens und Investitionsstandort.

Die Mitgliedstaaten müssen die Beihilfen für Wirtschaftszweige oder Unternehmen der EU melden. Alle Zuschüsse zusammen ergaben in Deutschland im Jahr 2001 die Summe von 23,3 Milliarden Euro. Das entsprach 1,14 Prozent aller produzierten Güter und Dienstleistungen. Der EU-Durchschnitt lag bei 0,99 Prozent.

In welchem Umfang, wie lange und wie viele Fördergelder aus Steuermitteln an Unternehmen gezahlt werden, darüber gibt es bei den zuständigen Stellen keine Auskünfte. Selbst Mitglieder der jeweiligen Parlamente erhalten keine Informationen mit der Begründung, es handele sich um „Geschäftsgeheimnisse“, die schützenswert seien. Das Ausmaß der Begünstigungen soll offenbar verschleiert werden. Die tatsächlich gewährten Subventionen sind insgesamt kaum zu ermitteln. Für den normalen Bürger ist die Praxis der Wirtschaftsförderung völlig undurchschaubar.

Die Subventionsempfänger, die mit den öffentlichen Geldern zunächst Arbeitsplätze schaffen sollen, haben keine Verpflichtung, bei Schließung des Betriebes und Vernichtung der Arbeitsplätze die erhaltenen Subventionen wieder zurückzuzahlen. So hat beispielsweise das koreanische Elektronikunternehmen Samsung, ein hochprofitabler Vorzeigekonzern, im Jahr 1993 insgesamt 28,3 Millionen Euro für seine Berliner Niederlassung kassiert. Der Konzern verpflichtete sich dafür, Arbeitsplätze zu sichern. Aber die Verpflichtung endet am 31. Dezember dieses Jahres. Und genau an diesem Tag will Samsung das Bildröhrenwerk schließen. 750 Beschäftigte werden in die Arbeitslosigkeit abgeschoben. Die Förderbedingungen wurden erst vor kurzem bekannt. Doch da war die Betriebsschließung längst beschlossen.

Immer häufiger schließen Konzerne und Großunternehmen ihre Betriebe, nachdem alle Subventionsquellen genutzt worden sind; sie ziehen weiter an einen anderen Standort, um dort neue Subventionen abzuzocken. Die Politiker schauen hilflos zu, wie die teuer subventionierten Arbeitsplätze vernichtet werden. Samsung und viele andere Subventionsempfänger sind offensichtlich nur an Fördermitteln und Profiten interessiert. Und bei der Schließung eines Werkes mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen muss kein Cent der verwendeten Steuergelder zurückgezahlt werden. Wie lange wird diese skandalöse Praxis noch geduldet?

Kapitalismus pur

Satte Gewinne haben die 500 größten börsennotierten Unternehmen Europas im vergangenen Jahr erzielt. Wie das *manager magazin* unter Berufung auf die Studie „Euro 500“ berichtet, konnten die Firmen im Jahr 2004 die Überschüsse nach 247 Milliarden Euro im Vorjahr auf 366 Milliarden Euro steigern. Nun sind 366 Milliarden Euro zusätzlich auf den Kapitalmärkten. Ihre Besitzer wollen sicherlich damit eine mindestens ebenso hohe Rendite wie zuvor kassieren. Das bedeutet: Produktionskosten, insbesondere Arbeitskosten, müssen noch weiter sinken, damit die Profiterwartungen erfüllt werden können. Auch dazu sollen betriebliche Bündnisse für Arbeit, längere Arbeitszeiten und die Reduzierung der so genannten Lohnnebenkosten beitragen.

Die Deutsche Bank steigerte im dritten Quartal 2005 ihren Vorsteuergewinn um fast 90 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal auf rund 1,9 Milliarden Euro. Der Gewinn nach Steuern stieg um 46 Prozent auf eine Milliarde Euro. Das Ergebnis pro Aktie verbesserte sich um 48 Prozent. Die Eigenkapitalrendite kletterte auf 29 Prozent. Bis Ende September einigte sich die Bank mit 4.600 Mitarbeitern über deren Ausscheiden. Weltweit werden insgesamt 6.400 Stellen abgebaut, 5.500 davon im laufenden Jahr. Zuletzt hatte der Konzern knapp 64.000 Mitarbeiter/innen. Im Jahr 2.000 waren es noch fast 100.000.

-es.

Die IG Metall fordert zeitgemäße Tarifverträge

Welche Zukunft hat der Flächentarifvertrag, wie können Tarifautonomie und Arbeitnehmerrechte gesichert werden, wie sieht eine solidarische Tarifpolitik aus? Darüber diskutierten 400 Frauen und Männer auf einer tarifpolitischen Konferenz der IG Metall vom 20. bis 22. Oktober 2005 in Mannheim.

Anspruchsvolle Arbeitsplätze brauchen qualifizierte Beschäftigte. Umso wichtiger sind heute Weiterbildung und Qualifizierung für ein selbstbestimmtes Leben. Die IG Metall und die Metallgewerkschaften in Europa werden künftig verlangen, dass ein Recht auf Qualifizierung tarifvertraglich abgesichert wird. Beschäftigte haben Anspruch auf Zeitsouveränität. Dazu strebt die IG Metall neue Tarifregelungen an. Das könnten bundesweite Regeln zu Arbeitszeitkonten sein, die zum einen den vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben unterstützen und zum anderen ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Weiterbildung, Qualifizierung, Arbeitszeitkonten und Innovationskonzepte stehen auf der Agenda tariflicher Regelungen der Zukunft.

Wofür Tarifverträge?

Flächentarifverträge regeln Grundbedingungen des Arbeitslebens, darunter Arbeitszeit, Urlaubsanspruch und Einkommen, aber auch Qualifizierung, damit die Menschen besser arbeiten und leben können. Sie schaffen Sicherheiten und Chancen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Tarifverträge tragen zur sozialen Stabilität und zum wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland bei. Sie schützen die Beschäftigten vor Unternehmerwillkür, regeln und sichern Mindeststandards für Einkommen und Arbeitsbedingungen. Die Tarifautonomie - das freie Aushandeln von

Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden - ist ein Garant für die Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit und ein Eckpfeiler der sozialen Demokratie.

Wenn die Arbeitgeberverbände weiterhin auf betriebliche Bündnisse unter Ausschluss der IG Metall setzen, hat das drastische Konsequenzen. Wer am Sonntag bei Christiansen lautstark betriebliche Bündnisse einfordert, handelt sich am Montag das betriebliche Streikrecht ein.

Berthold Huber

2. Vorsitzender der IG Metall

Die Pforzheimer Vereinbarung

Von Anfang 2004 bis Ende September 2005 gab es in der Metall- und Elektroindustrie 508 Abweichungen vom Flächentarifvertrag - bei rund 5500 verbandsgebundenen Unternehmen. Die meisten Vereinbarungen, 336 von 508, kamen aufgrund einer akuten wirtschaftlichen Notlage der Unternehmen zustande. In 64 Fällen konnte durch Anerkennungs- oder Haustarifverträge ein Eintritt oder Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband erreicht und damit die Tarifbindung wieder hergestellt werden. In den größten Unternehmen Baden-Württembergs wurden über zehn Milliarden Euro Investitionen und wichtige Innovationsprojekte tarifvertraglich festgeschrieben. Außerdem konnten über 230.000 Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. In Nordrhein-Westfalen wurden über 110 Millionen Euro Investitionen und 40 000 Arbeitsplätze vertraglich abgesichert. Die "Pforzheimer Vereinbarung" aus dem Jahr 2004 hat zu mehr Transparenz geführt. Auch zukünftig wird die IG Metall Vereinbarungen ablehnen, wenn sie den im Vertrag festgelegten Anforderungen nicht genügen.

Was hat es mit den Abweichungen vom Flächentarifvertrag auf sich?

Rund 70 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 54 Prozent in Ostdeutschland arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung. Seit 2004 wurden in zehn Prozent der verbandsgebundenen Betriebe abweichende Regelungen vom Flächentarifvertrag getroffen. Das heißt: in 90 Prozent der Betriebe wird der Flächentarifvertrag ohne Abstriche praktiziert.

Die IG Metall hat klare Standards gesetzt, nach denen vom Flächentarifvertrag abgewichen werden kann: ein tragfähiges Zukunftskonzept mit Investitions- und Innovationszusagen, Qualifikationsmaßnahmen, Beschäftigungssicherung und Standortgarantien. Geprüft werden die Auswirkungen auf Beschäftigung und Wettbewerb in anderen Betrieben der gleichen Branche. Es darf keine Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ausgelöst werden. Bei betrieblichen Konflikten über Abweichungen vom Tarifvertrag wird die IG Metall in Zukunft die Beschäftigten noch stärker einbeziehen.

Die Zahl der abweichenden Regelungen steigt. Die inhaltliche Kluft zwischen Flächentarifvertrag und Firmentarifverträgen ist in Einzelfällen größer geworden. Sowohl die steigende Zahl der abweichenden Regelungen als auch die Missachtung geltender Tarifverträge sind meist Resultat von Erpressung.

Jürgen Peters

1. Vorsitzender der IG Metall

Wo ist ver.di ?

Kontakte von Gewerkschaftsmitgliedern zu ihrer Organisation entstehen meistens über betriebliche Vorgänge, den Rechtsschutz und in tariflichen Auseinandersetzungen. Tausende von Einzelmitgliedern, die beispielsweise in Kleinbetrieben arbeiten, freiberuflich tätig oder arbeitslos sind, werden von ihrer Gewerkschaft jedoch nur selten oder nie angesprochen. Gewerkschaftsarbeit ist ihnen oft unbekannt. Aus Anlass von aktuellen politischen Debatten in den Medien findet eine Gewerkschaft hin und wieder Aufmerksamkeit durch Erklärungen, Demonstrationen und Aktionen mit Forderungen für eine andere Politik. Solche Aktivitäten sprechen aber keineswegs alle Mitglieder an. Und mit anderen Initiativen, etwa kulturellen und politischen Angeboten an die Mitgliedschaft und darüber hinaus, tritt ver.di kaum in Erscheinung. – Wo also ist ver.di?

Gewerkschaften haben unter anderem die Aufgabe, Begegnungen und Gedankenaustausch unter Mitgliedern und solchen, die es werden könnten, zu fördern. Außer einigen Versammlungen mit traditionellen Abläufen gibt es kaum Angebote, die ein zeitgemäßes gewerkschaftliches Profil erkennen lassen. In der Freizeit der Menschen spielt ver.di kaum eine Rolle. Die Chance, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und einen Austausch von verschiedenen Meinungen zu organisieren, scheidet angeblich an der „Arbeitsüberlastung“ der Funktionäre. Aber eine Gewerkschaft, die keine oder zu wenig Zeit für ihre Mitglieder hat, verliert früher oder später ihren Vertretungsanspruch. Sie wird von den Mitgliedern nicht mehr ernst genommen.

Über die Gremienarbeit hinaus muss es in Zukunft gelingen, mit Informations- und Freizeitangeboten die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anzusprechen. Wichtig wäre zunächst, in vielen Städten und Regionen Treffpunkte einzurichten, wo ver.di Informationen und Gespräche anbietet und dadurch Begegnungen unterstützt. Viele gesellschaftliche Gruppen nutzen beispielsweise öffentliche Einrichtungen, wie Bürgerzentren, wo man sich zu gemeinsamen Initiativen verabreden kann. Unterstützt wird dies durch publizistische Aktivitäten in den Medien, darunter auch im Internet, und durch gezielte Mitgliederinformationen. Trotz vieler konkurrierender Freizeitangebote dürfte es ver.di nicht schwer fallen, Interesse und Neugier für gewerkschaftliche Veranstaltungen der etwas zeitgemäßerer Art zu wecken. Wichtig ist: Der Ort, an dem ver.di präsent ist, muss bekannt und immer derselbe sein. Früher waren das meistens die Gewerkschaftshäuser, die heute diese Funktion kaum noch erfüllen können.

Der ver.di-Treffpunkt muss vielseitig nutzbar sein. Es könnten beispielsweise folgende Angebote realisiert werden: Beratungsgespräche; Bildungsangebote; Podiums- bzw. Streitgespräche über aktuelle politische, soziale, kulturelle und gewerkschaftliche Themen; Begegnungen mit Künstlerinnen und Künstlern; Musikveranstaltungen; interkulturelle Veranstaltungen; Aktivitäten für und mit Familien.

Zahlreiche Mitglieder möchten sich an Entscheidungen in der Gewerkschaft beteiligen, ohne gleich ein Mandat übernehmen

zu müssen. Sie fühlen sich aber oft schlecht informiert und durch Funktionäre bevormundet. Diese Defizite können auf Dauer zum Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaft führen. Die Situation ist der in den Parteien vergleichbar. Die gestörten Kommunikationsbeziehungen zeigen sich in fehlender Transparenz und Erfahrbarkeit der Organisation. Viele Mitglieder, die gewerkschaftlich über die Betriebe nicht erreichbar sind, fühlen sich isoliert.

Die Entwicklung zeitgemäßer Kommunikationsstrukturen, auch für den Freizeitbereich, soll vor allem der Förderung von Gemeinsamkeiten und Bindungen unter den Mitgliedern dienen. Dazu muss man einander kennen, Vertrauen in die gemeinsame Kraft zur Veränderung der Verhältnisse ermöglichen, miteinander streiten, lachen, feiern und füreinander einstehen. So sind Gewerkschaften einmal entstanden. Auf diese Weise entstehen in der so genannten Dritten Welt unter ungleich schwierigeren Bedingungen noch heute Gewerkschaften. Wenn wir diese Erfahrungen ignorieren, werden wir auch in den reichen Ländern in Zukunft unter den Bedingungen der armen Länder leben müssen.

Gewerkschaftliche Initiativen zur Bekämpfung der Ursachen für die politischen und sozialen Zustände können nur erfolgreich sein, wenn sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in wachsender Zahl an diesem Kampf beteiligen. Zur Entstehung von Solidarität gehören Gefühle gemeinsamer Betroffenheit und der Zusammengehörigkeit. Dann können sich Selbstvertrauen und gewerkschaftliche Kraft entwickeln.

Franz Kersjes

Blick zurück**Die Angst der Männer vor weiblicher Konkurrenz**

Die Mehrheit der Männer in der deutschen Arbeiterbewegung schätzte berufstätige Frauen nicht. Sie empfanden ihre schlecht bezahlten Kolleginnen als „Lohndrücker“ und „Schmutzkonkurrenz“. Es gab rühmliche Ausnahmen; zu ihnen zählten Carl Legien, der Gewerkschaftsführer, und August Bebel, der SPD-Vorsitzende. Bebel hatte den so genannten proletarischen Antifeminismus innerhalb seiner Partei angeprangert. Auch Carl Legien, damals Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, später des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), erkannte die Bedeutung der Organisation des rasch anwachsenden weiblichen Industrieproletariats. In seiner Amtszeit wurde vor 100 Jahren, im Oktober 1905, bei der Generalkommission (Vorläufer von ADGB und DGB) ein Arbeiterinnensekretariat eingerichtet. Ida Altmann, ursprünglich Textilarbeiterin, war seine erste Leiterin. Ihr Ziel war die politische Schulung und gewerkschaftliche Organisierung erwerbstätiger Frauen.

Die uralte Quoten-Diskussion

Das Arbeiterinnensekretariat war von Anbeginn umstritten; von vielen wurde es schlicht als überflüssig empfunden: Die marxistische Emanzipationstheorie – mit der Emanzipation der Arbeiterklasse werde die Emanzipation der Frauen gewissermaßen automatisch einhergehen – lieferte all jenen Argumente, die eine besondere Beachtung und Förderung des weiblichen Proletariats ablehnten. In Zusammenhang mit der Quoten-Diskussion in Parteien und Gewerkschaften wurden unter anderen Bedin-

gungen 70 Jahre später ähnliche Kämpfe noch einmal ausgefochten. Doch ‚die Quote‘ hat sich weitgehend durchgesetzt, und sie wirkt in Gewerkschaften und Parteien bis heute positiv.

Damals, als die Generalkommission der Gewerkschaften das Arbeitnehmerinnensekretariat einrichtete, kamen aus Sicht der Männer andere Faktoren der Ablehnung hinzu: Fabrikarbeiterinnen wirkten tatsächlich als Lohndrücker; sie waren als billig entlohnte Hilfskräfte tätig, weil ihnen Wege in eine Ausbildung nicht offen standen. Wenn sie Versammlungen von Gewerkschaften oder Parteien besuchten, drohte das Verbot der gesamten (Männer-)Veranstaltung, weil Frauen bis 1908 an politischen Versammlungen nicht teilnehmen durften. Spitzel der ‚Obrigkeit‘ entdeckten oft sogar die mit Männerkleidung getarnten weiblichen Teilnehmer. Zudem galt auch in der Arbeiterbewegung überwiegend das bürgerliche Ideal: „Meine Frau hat es nicht nötig, arbeiten zu gehen.“ Wasser auf ihre Mühlen erhielten die Gegner einer besonderen Förderung der Arbeiterinnen durch Äußerungen wie diese in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘: „Die so genannte Frauenemanzipation widerstrebt der weiblichen und der menschlichen Natur überhaupt, ist Unnatur und daher undurchführbar.“ Carl Legien musste also viel Überzeugungsarbeit leisten, um eine besoldete Kraft – Ida Altmann – speziell für die gewerkschaftliche „Frauenagitation“ durchzusetzen.

Als Ida Altmann das Selbstverständnis des Arbeiterinnensekretariats formulierte, betonte sie in

ganz besonderer Weise die Notwendigkeit der Überwindung von Rivalitäten zwischen Frauen und Männern: „Das Sekretariat erblickt seine Aufgabe darin, immer mehr die im Arbeitsleben stehenden Frauen und Mädchen für sie zuständigen Gewerkschaften zuzuführen... und zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern ein gegenseitiges gründliches Verstehen... anzubahnen, an Stelle der vielfach noch vorhandenen Gegensätzlichkeit, die als Folge des Konkurrenzverhältnisses zwischen dem Manne und der ihn verdrängenden, weil billiger arbeitenden Frau bei mangelhaft aufgeklärten Arbeiterschichten solidarisches Verhalten nicht aufkommen lässt.“

Warnung vor der Spaltung

In dramatischer Weise warnte Ida Altmann vor der Gefahr einer Spaltung der Arbeiterklasse durch Fabrikbesitzer, die die Konkurrenzsituation zwischen weiblichen und männlichen Arbeitern zu ihrem Vorteil, jedoch zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft ausnutzen könnten. In ihren weiteren Vorträgen und Schriften hat Ida Altmann die marxistische Frauenemanzipationstheorie, von Clara Zetkin 1889 erstmals formuliert, für die politische Frauenarbeit in den Gewerkschaften weiter entwickelt. Manche der Ideen Ida Altmanns sind trotz der veränderten gesellschaftspolitischen Gegebenheiten noch heute nachdenkenswert. *Anna Riedel*

Literatur zum Thema:

Gisela Losseff-Tillmanns: „Frauenemanzipation und Gewerkschaften“, Wuppertal 1978

Hans Dieter Baroths Geschichten aus dem Ruhrgebiet

In der Bahnhofsgaststätte von Wanne-Eickel verlebte Heinz Rühmann seine Kindheit, für seinen Vater war das Lokal eine Goldgrube. In der Gegenwart sieht die Wirtin es nicht mehr so. Wo einst der Weltmeister Helmut Rahn Kohlen auslieferte und in einem Verein direkt um die Ecke spielte, wissen heute nicht einmal die Nachbarn, dass der berühmte Spieler dort seine Jugend verlebte.

Hans Dieter Baroth beschreibt das Ruhrgebiet in der Gegenwart und unternimmt Ausflüge in die Vergangenheit des Potts. Mit dem Fahrrad fahren Jugendliche zu Auswärtsspielen der höchsten Fußballklasse. Baroth fährt die Strecke nach. Zu fast jeder Sta-

tion weiß er eine Geschichte von früher zu erzählen; das Schiffsbauwerk bei Henrichenburg, der Borsigplatz in Dortmund, sie sind Stätten der Erinnerung. Amüsant ist der Rückblick auf eine frühe Aufführung der Ruhrfestspiele im Saalbau von Recklinghausen, wo der Kunstgenuss durch widrige Umstände verdorben wurde.

Der Autor berichtet von einem Nachbarn, der Modell stand für das Denkmal verunglückter Bergleute, seiner Kameraden. Wo Olaf Thon als Jugendlicher Fußball spielte, verfällt inzwischen das Stadion, das Vereinslokal des Clubs befindet sich in Containern.

Die angebliche Berliner Göre Claire Waldoff wurde als Tochter

eines Bergmanns in Gelsenkirchen geboren. Der Chronist des Reviers begab sich auf die Spuren der Chansonsängerin vom ehemaligen Gussstahlwerk Gelsenkirchen bis in die Marktstraße von Oberhausen. Hier sah sie das erste Varieté. Das Unterhaltungslokal wurde wie ihr Geburtshaus im Krieg zerstört. Wo einst Künstler die Bergleute unterhielten, werden jetzt modische Textilien verkauft.

Seit 40 Jahren fotografiert der Autor Stätten des Ruhrgebietes. Mit beeindruckenden Fotos belegt er in diesem Text-/Bildband den Wandel im Revier. Aufstieg und Verfall sind nahe beieinander. Das alte und das neue Revier - in den Texten und Bildern von Hans Dieter Baroth wird beides lebendig.

Klartext Verlag, 153 Seiten, 15,90 €

Lesetipp

Freitag

Die Ost-West Wochenzeitung für Politik, Kultur und Literatur

Die sehr empfehlenswerte Wochenzeitung ist hervorgegangen aus dem „Sonntag“, Ostberlin, gegründet 1946 vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, und der „Volkszeitung“, ehemals „Deutsche Volkszeitung“, gegründet 1953 in Düsseldorf von Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth, und der „Tat“, gegründet 1950 in Frankfurt am Main von der VVN.

Probeexemplare:
6 Wochen für 10 € oder
13 Wochen für 20 €
Zeitungsverlag „Freitag“ GmbH
Abo-Telefon 030 – 53210894
www.freitag.de

Filmtipp: **Edelweißpiraten**

Am 10. November 1944 wurden im Kölner Stadtteil Ehrenfeld sechs jugendliche Widerstandskämpfer gegen das Naziregime von der Gestapo ohne Gerichtsurteil öffentlich hingerichtet. Der Film „Edelweißpiraten“, mit deutschen und russischen Laiendarstellern gedreht, zeigt die Grausamkeiten der Nazischergen und den Protest junger Menschen gegen den Totalitätsanspruch der Hitler-Jugend.

Während die jugendlichen Nazi-gegner vom Staat Israel in der Gedenkstätte Yad Vashem vor 20 Jahren „für ihre Menschlichkeit und ihren Mut, Juden vor dem Holocaust zu retten“ geehrt worden waren, versagte ihnen die sozialdemokratische Landesregierung von Nordrhein-Westfalen selbst zu diesem Zeitpunkt noch die Anerkennung als Wider-

standskämpfer mit der Begründung, die Edelweißpiraten hätten „keinen auf ethischer Gesinnung basierenden, aus politischem Verantwortungsbewusstsein gewachsenen Widerstand gegen das NS-Regime geleistet“. Ein Vorwurf, dem der noch lebende Edelweißpirat Jean Jülich mit dem Argument begegnet, sie seien doch nur Volksschüler und Lehrlinge gewesen.

Inzwischen ist der Dauerstreit über die Rolle der Edelweißpiraten beigelegt. Im Sommer dieses Jahres hat der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters den Überlebenden in einer Urkunde „für ihren Widerstand gegen das Unrechtsregime des Nationalsozialismus“ gedankt. Die Arbeiten an dem Film führten dazu, die erste Entscheidung der Landesregierung zu revidieren.

Arbeitsplatzvernichtung**Für den Aufschwung des Kapitals**

Arbeitslosigkeit ist in der Regel das Ergebnis von Profitgier oder unternehmerischer Untätigkeit, Unterlassungen und Versäumnisse. Die organisierte Verantwortungslosigkeit ist unerträglich. Hier einige der größten Arbeitsplatzvernichter:

Deutsche Telekom: Der Konzern will sich in den nächsten drei Jahren von 32.000 Mitarbeitern trennen, obwohl das Unternehmen in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits einen Überschuss von 4,4 Milliarden Euro erzielte.

Daimler-Chrysler will 8.500 der 93.000 Stellen bei der Mercedes Car Group in Deutschland streichen.

Siemens hat einen Tag nach der Bundestagswahl angekündigt, voraussichtlich mehr als 10.000 Stellen zu streichen oder auszulagern.

Ford: Der Autohersteller will nach dem Personalabbau der vergangenen Jahre in Deutschland noch einmal bis zu 1.300 der insgesamt 25.000 Stellen

streichen. Nach Angaben des Betriebsrats sollen bei Ford Europe bis Ende 2005 etwa 2.600 Stellen gekappt werden. In Deutschland geht es um bis zu 700 Arbeiter und mehr als 600 Angestellte. Weltweit will sich der Konzern von 10.000 Beschäftigten trennen.

VW: Bis zum Jahr 2008 sollen dem Vernehmen nach 10.000 Stellen und damit fast zehn Prozent der Arbeitsplätze in den westdeutschen Werken entfallen. In den ersten neun Monaten kletterte der operative Gewinn um 57,8 Prozent auf fast zwei Milliarden Euro.

HypoVereinsbank: Im Rahmen der bisher größten europäischen Bankenfusion von Unicredit und HypoVereinsbank sollen 9.200 Arbeitsplätze gestrichen werden, davon etwa 1.800 in Deutschland.

Fast zwei Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren in unserem Land vor allem durch Konzerne vernichtet worden.

* * * *

Buchtipps

Michael Kittner

Arbeitskampf

Geschichte, Recht, Gegenwart
Verlag Beck, 783 Seiten, 39,90 €

Der Autor, Hochschullehrer und 25 Jahre Justitiar bei der IG Metall, hat ein beeindruckend umfangreiches Werk über die Geschichte der Arbeitskämpfe geschrieben. Von der Arbeitsniederlegung der thebanischen Nekropolenarbeiter im Jahr 1155 vor Christus über Arbeitskämpfe in den Reichsstädten, über die Reichszunftordnung,

Gewerbe- und Koalitionsfreiheit nach 1848, das Klassenrecht im Kaiserreich, das Arbeitskampfrecht in der Weimarer Zeit, die Arbeitsverfassung während des Nationalsozialismus und die Entwicklung des Arbeitskampfrechts seit Gründung der Bundesrepublik. Seinen Epilog leitet Kittner mit einer Frage ein: Stehen wir am Anfang eines neuen Geschichtsabschnitts?

Ein außerordentlich lesenswertes Buch, keineswegs nur für Juristen. Jeder kann daraus lernen, dass das herrschende Recht schon immer das Recht der Herrschenden war. Man darf sich damit nur nicht abfinden.

Kommentar
Perspektivlosigkeit

Die Gewalttätigkeiten junger Franzosen überraschen kaum. Verzweiflung führt zu Hass, und beides hat Ursachen: Hoffnungslosigkeit. Diesem Gefühl scheinen die jungen Menschen aus sozial benachteiligtem Milieu nur noch durch Gewalttätigkeit Ausdruck geben zu können. Sie haben einen Flächenbrand entfacht, weil sie sich offenbar als fremd im eigenen Land empfinden, als ausgeschlossen und abgelehnt. Sie sehen sich als Franzosen zweiter Klasse, deren Schicksal bestimmt wird durch Perspektivlosigkeit, weil sie in der Schule bereits scheitern und keinerlei Aussicht auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit haben. Doch für die französische Regierung stellen sie vor allem ein Sicherheitsproblem dar, einen Fall für Polizei und Armee. Dieser Fall aber sollte uns als deutsche Nachbarn zu denken geben: Hüten wir uns davor, derartige Ausbrüche von Verzweiflung hierzulande für undenkbar zu halten. Auch unter uns leben junge Menschen, die mit wenig Hoffnung in die Zukunft blicken.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.

Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers